Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5496**

14. Wahlperiode 06. 03. 2001

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz, Eva-Maria Kors, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Ilse Aigner, Dr. Wolf Bauer, Brigitte Baumeister, Renate Blank, Dr. Maria Böhmer, Sylvia Bonitz, Monika Brudlewsky, Renate Diemers, Marie-Luise Dött, Maria Eichhorn, Anke Eymer (Lübeck), Ilse Falk, Dr. Hans Georg Faust, Ulf Fink, Ingrid Fischbach, Gerda Hasselfeldt, Ursula Heinen, Hubert Hüppe, Susanne Jaffke, Dr. Harald Kahl, Irmgard Karwatzki, Dr. Martina Krogmann, Vera Lengsfeld, Ursula Lietz, Dr. Angela Merkel, Claudia Nolte, Beatrix Philipp, Marlies Pretzlaff, Christa Reichard (Dresden), Katharina Reiche, Erika Reinhardt, Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), Anita Schäfer, Birgit Schnieber-Jastram, Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Margarete Späte, Dorothea Störr-Ritter, Dr. Rita Süssmuth, Dr. Susanne Tiemann, Edeltraut Töpfer, Angelika Volquartz, Andrea Voßhoff, Dagmar Wöhrl, Aribert Wolf, Elke Wülfing, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU

Mögliches Krebsrisiko durch Hormonersatzbehandlung

Die Menge der verordneten östrogenhaltigen Präparate für Frauen ab 40 Jahren hat sich in Deutschland in den letzten fünfzehn Jahren mehr als verzehnfacht. Mehr als 4,5 Millionen Frauen nahmen 1998 derartige Arzneimittel ein. Unzweifelhaft positiv zu verzeichnen ist, dass östrogenhaltige Präparate gegen klimakterische Beschwerden helfen. Eine neue Studie des Bremer Instituts für Präventionsforschung und Sozialmedizin und des Wissenschaftlichen Instituts der AOK vom Dezember 2000 weist demgegenüber auf das mit der Einnahme von östrogenhaltigen Präparaten verbundene steigende Risiko für das Auftreten von Brust- und Gebärmutterkrebserkrankungen hin.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung diese Studie bekannt, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Studie und welche Konsequenzen zieht sie im Hinblick auf gesetzgeberischen Handlungsbedarf?
2. Wie lange beträgt nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Behandlung von Frauen in Deutschland mit Hormonersatzpräparaten?
3. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchen und in wie vielen Fällen über die Wechseljahre hinaus die Einnahme der Präparate für notwendig gehalten wird und welche Risiken für die Gesundheit der Frauen damit verbunden sind?
4. Sind der Bundesregierung Studien bekannt, die eine Langzeiteinnahme von Hormonersatzpräparaten untersuchen, und welche Ergebnisse haben diese Studien?

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis von „evidenced-based-medicine"-Untersuchungen in Deutschland, die belegen, dass durch die Hormonbehandlung das Risiko der Krankheiten wie Herzinfarkt und Osteoporose deutlich gesenkt wird?
6. Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Studien durchgeführt, die untersuchen, in wie vielen Fällen Frauen infolge der Einnahme dieser Arzneimittel an Brustkrebs bzw. Gebärmutterkrebs erkrankt sind?
7. Mit wie vielen Brust- und Gebärmutterkrebsfällen zusätzlich muss nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einnahme von Hormonersatzpräparaten in Deutschland jährlich gerechnet werden?
8. Plant die Bundesregierung eine Verpflichtung für Arzneimittelhersteller, über neue Erkenntnisse und eventuelle Risiken der Hormonbehandlung zu informieren, auch wenn diese im Ausland gewonnen wurden?
9. Welche epidemiologischen Studien sind der Bundesregierung bekannt, die, unabhängig von einer Förderung durch die pharmazeutische Industrie, den Einfluss von Arzneimitteln auf das Erkrankungsrisiko für relevante Krankheiten exakt abschätzten?
10. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass in den USA im Zusammenhang mit der Langzeittherapie mit Hormonersatzpräparaten Daten über die krebsverursachenden Wirkungen dieser Medikamente erhoben werden, und wenn ja, wie beurteilt sie diese Daten?
11. Beabsichtigt die Bundesregierung eine Stelle mit der Beobachtung und Auswertung der Auswirkungen von Hormonersatzpräparaten auf das Krebsrisiko bei Frauen zu beauftragen und/oder entsprechende epidemiologische Studien, insbesondere mit Blick auf die Langzeittherapien mit Hormonersatzpräparaten, in Auftrag zu geben?
12. Welche arzneimittelrechtlichen Konsequenzen ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung aus den vorliegenden Studien zu der Langzeittherapie mit Hormonersatzpräparaten?
13. Können dieselben positiven Ergebnisse erzielt werden, wenn statt der Hormonersatzmittel „pflanzliche Östrogene", sog. Phytoöstrogene, eingesetzt werden?
14. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob ein erhöhtes Krebsrisiko besteht für Frauen, die berufstätig mit Hormonersatzpräparaten umgehen müssen, z. B. in Forschung und Behandlung?
15. Werden für diesen Personenkreis entsprechende Sicherheitsauflagen erteilt und Weiterbildungsangebote gemacht?
16. Werden evtl. Erkrankungen der Betroffenen als Berufskrankheit anerkannt?

Berlin, den 6. März 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333